

**Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft
und Forschung**

Abteilung Jugend und Familie, Landesjugendamt
Geschäftsstelle des LJHA Berlin

Otto-Braun-Str.
10178 Berlin

90227-5363
Anke.Hollmann@SenBWF.Berlin.de

**Protokoll der 4. Sitzung
des Landesjugendhilfeausschusses Berlin (LJHA)
vom 21. April 2010**

**Teilnehmerinnen/
Teilnehmer:**

siehe Anwesenheitsliste

Ort: Centre Francais, Müllerstraße 74, 13349 Berlin, Raum 117

Beginn: 14:00 Uhr

Ende: 16:20 Uhr

Leitung: Danuta Sarrouh

Protokoll: Anke Hollmann

Tagesordnung:

1. Aktuelles
2. Protokoll der Sitzung am 17. März 2010
3. Beschlussempfehlung aus dem UA „Gesamtjugendhilfeplanung und neue Steuerungsmodelle“ zur „Rahmenstrategie Soziale Stadt — Handbuch Sozialraumorientierung; BE: Herr Happel
4. Beschlussempfehlung aus den UA „Etatfragen“ und „Jugendarbeit“ zum Entwurf des Projektberichtes zur Gesamtstruktur Schule und Jugendhilfe; BE: Herr Ogrzall
5. Beschlussempfehlung zur Ausführungsvorschrift für die Tätigkeit der Urkundspersonen des Jugendamtes — (AV Beurk); BE: Herr Piekara
6. Erarbeitung einer Position zur aktuellen Diskussion über die öffentliche Finanzierung sozialer Leistungen
7. Verschiedenes

Frau Sarrouh begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit (13) fest.

1. Aktuelles

Frau Klebba informiert, dass sie an den Tagungen der AGJF und BAGLJÄ teilgenommen hat. Schwerpunktthemen u.a. waren zur Kinder und Jugendpolitik der Kinderschutz (Bundeskinderschutzgesetz), Qualität und Quantität beim Ausbau der Kindertagesförderung und Imagekampagne Jugendämter bei der BAGLJÄ.

Sie informiert über den ersten Runden Tisch am 23.4.2010 zum sexuellen Missbrauch in privaten und öffentlichen Einrichtungen, zu dem sich Minister und Ministerinnen der Bundesländer verabredet haben. Es wird breit diskutiert werden über Entschädigungen und therapeutische Maßnahmen für Opfer und deren Angehörige.

Frau Klebba informiert weiterhin über die Debatte Konsequenzen aus der Treberhilfeaffäre. Es gibt sowohl auf Landesebene, als auch in den Bezirken aktuelle Anfragen zum Thema. Sie berichtet über den aktuellen Erkenntnis- und Sachstand aus Sicht der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung. Gemeinsames Ziel ist die Versachlichung der Diskussion und die angemessene Weiterentwicklung der rahmenvertraglichen Regelungen.

Frau Sarrouh informiert, dass sie am 1.4.2010 die Ruhephase begonnen hat, weiterhin Vorsitzende des LJHA bis zur Berliner Wahl bleibt. In diesem Zusammenhang bitte sie um Nachbenennung einer Vertretung des LJHA in der Lenkungsgruppe sowie Projektgruppe Netzwerk Kinderschutz.

2. Protokoll der Sitzung am 17. März 2010

Das Protokoll wird ohne Einwände beschlossen.

3. Beschlussempfehlung aus dem UA „Gesamtjugendhilfeplanung und neue Steuerungsmodelle“ zur „Rahmenstrategie Soziale Stadt — Handbuch Sozialraumorientierung; BE: Herr Happel

Nach kurzer Diskussion über den Inhalt der vorliegenden Beschlussempfehlung wird diese vom Unterausschusse zurückgenommen und überarbeitet in der Mai-Sitzung des LJHA erneut vorgelegt.

4. Beschlussempfehlung aus den UA „Etatfragen“ und „Jugendarbeit“ zum Entwurf des Projektberichtes zur Gesamtstruktur Schule und Jugendhilfe; BE: Herr Ogrzall

Herr Ogrzall informiert über den Stand der Arbeit in der Lenkungsgruppe Gesamtstruktur Jugendhilfe und Schule und stellt insbesondere die vorgesehene Mittelverteilung an die Bezirke und die damit verbundenen Forderungen nach einer Kofinanzierung vor, die auch Bestandteil der vorgelegten Beschlussvorlage sind.

Die anwesenden Stadträtinnen für Jugend begrüßen im Grundsatz den Projektbericht, bringen aber zum Ausdruck, dass insbesondere die im Bericht geforderte Kofinanzierung durch die Bezirke zur Zeit nicht leistbar ist, da für den Zeitraum des aktuellen Doppelhaushalts alle Mittel zweckgebunden sind.

Frau Dr. Barth stellt den Antrag, dass, anders als in der Beschlussvorlage vorgesehen, die gesamten bisher für die Finanzierung der Schülerclubs eingesetzten Landesmittel im Rahmen der

auftragsweisen Bewirtschaftung an die Bezirke gehen. Dieser Antrag wird mit einem Stimmenverhältnis von 1 /12 / 0 abgelehnt.

Der Landesjugendhilfeausschuss beschließt wie folgt:

„Der LJHA nimmt den Entwurf des Projektberichtes zur Gesamtstruktur Schule und Jugendhilfe zustimmend zur Kenntnis und dankt der Projekt- und Lenkungsgruppe für die geleistete Arbeit. Der LJHA begrüßt ausdrücklich

- den geplanten Aufbau verbindlicher Kooperationsstrukturen zwischen Jugendhilfe und Schule mit der Benennung verantwortlicher Ansprechpersonen,
- die Zusammenführung der finanziellen Ressourcen aus den Bereichen Jugendhilfe und Schule auf Landes- und Bezirksebene,
- die Erstellung bezirklicher Rahmenkonzeptionen und deren Einbeziehung in die Arbeit im jeweiligen Sozialraum und
- den Abschluss verbindlicher Kooperationsverträge und die Verankerung der Kooperation im Schulprogramm.

Der LJHA fordert die Lenkungsgruppe auf sicher zu stellen, dass die im Bericht genannten offenen Punkte (u.a. Erstellung einer Mustergliederung für ein bezirkliches Rahmenkonzept, Berechnungsgrundlagen für den Einsatz der Mittel durch die Bezirke, Leistungsbeschreibungen, Aufgaben- und Verantwortungsmatrix) umgehend bearbeitet werden. Außerdem sind Regelungen zu erarbeiten, die eine Einbeziehung der Gymnasien, Förderschulen und Schulen in freier Trägerschaft in die Gesamtstruktur ermöglichen.

Darüber hinaus regt der LJHA an, ab dem Haushaltjahr 2012, im Landeshaushalt, die für den Aufgabenbereich Kooperation Jugendarbeit und Schule notwendigen Mittel für die schulbezogene Jugendarbeit und die Ausstattung jeder Schule mit Schulsozialarbeit, in den bezirklichen Zumessungen angemessen zu berücksichtigen.

Die für die Haushaltsjahre 2010/11 im Kap 1042 Titel 68490 unter „Jugendarbeit an Schulen“ eingestellten Mittel bleiben zentral bei der für Jugend zuständigen Senatsverwaltung veranschlagt und werden zu 75% im Rahmen der auftragsweisen Bewirtschaftung den Bezirken zur Verfügung gestellt. Die Mittel sollen auf die Bezirke entsprechend der Anzahl der Schüler und Schülerinnen in den Klassenstufen 5 bis 10 aufgeteilt werden. Voraussetzung für eine Weitergabe an die Bezirke ist eine Mitfinanzierung durch den Bezirk in Höhe von mindestens 40% der geplanten Ausgaben, wobei mindestens 20% durch den Bereich Schule zu erbringen sind.

Die Mittel können grundsätzlich für Angebote und Projekte in den Klassen 5 bis 10 eingesetzt werden. Priorität besitzen dabei solche Angebote und Projekte, die sich auf die Klassen 5 und 6 von Grundschulen sowie der Klassen 7 und 8 der Sekundarschulen beziehen. Die restlichen 25% verbleiben in der Verfügung der für Jugend zuständigen Senatsverwaltung. Diese Mittel werden für solche Angebote und Projekte an Schulen eingesetzt, die eine schul- und bezirksübergreifende Wirkung haben.

Der LJHA fordert die Verwaltung auf, die für die Umsetzung notwendigen Förderrichtlinien umgehend zu entwickeln und sicher zu stellen, dass sich der LJHA auf seiner Mai-Sitzung mit einer entsprechenden Vorlage (zumindest für die Bezirke) abschließend befassen kann. Die Mittelzusagen sollten gemeinsam für beide Haushaltsjahre gegeben werden, damit eine kontinuierliche Arbeit möglich ist.“

Abstimmung: 12 / 1 / 0

5. Beschlussempfehlung zur Ausführungsvorschrift für die Tätigkeit der Urkundspersonen des Jugendamtes — (AV Beurk); BE: Herr Piekara

Die Gründe für die Überarbeitung der AV Beurk sind dem Unterausschuss durch die Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung plausibel begründet worden. Mit der Neufassung werden für alle Bezirke Berlins einheitliche Verfahrensregelungen festgeschrieben. Inhaltlich gibt es keine wesentlichen Veränderungen zur bisherigen Ausführungsvorschrift aus dem Jahre 1998.

Der Landesjugendhilfeausschuss beschließt wie folgt:

„Die vorliegenden Ausführungsvorschriften für die Tätigkeit der Urkundspersonen des Jugendamtes — Beurkundungsvorschriften (AV Beurk) in der Textfassung vom November 2009 zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.“

Abstimmung: einstimmig

6. Erarbeitung einer Position zur aktuellen Diskussion über die öffentliche Finanzierung sozialer Leistungen

Der Vorstand des LJHA hat sich im Vorfeld Gedanken gemacht, welche Schwerpunkte in den weiteren Diskussionen festgelegt werden sollten.

Der Landesjugendhilfeausschuss beschließt wie folgt:

„Der LJHA hält es für erforderlich, dass die im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen über das Geschäftsgebaren der Treberhilfe an verschiedenen Stellen formulierten Vorwürfe und Generalverdächtigungen gegen gemeinnützige Träger im Rahmen einer zeitnahen Fachdiskussion der LJHA-Mitglieder aufgegriffen und thematisiert werden.“

In dieser Diskussion sollen u. a. die folgenden Fragestellungen im Mittelpunkt stehen:

1. Wo liegen die Unterschiede (z. B. bestehende Rahmenverträge) in der praktischen Umsetzung der unterschiedlichen Finanzierungsmodelle (Zuwendung, Entgeltfinanzierung) zwischen der Senatverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales einerseits und für Bildung, Wissenschaft und Forschung andererseits?
2. Wie kann man im Rahmen der prospektiven Entgeltfinanzierung sicherstellen, dass öffentliche Mittel zweckentsprechend verwendet werden?
3. Wie kann sichergestellt werden, dass es eine ausreichende Trennung zwischen Aufsichtsgremien und operativem Geschäft gibt und wie können mögliche Interessenkollisionen offengelegt werden? Inwieweit sind diese Sachverhalte bereits Bestandteil der Prüftätigkeit in der Jugendhilfe?

Abstimmung: einstimmig

Ein Termin für die Diskussion ist Ende Mai / Anfang Juni 2010 vorgesehen.

7. Verschiedenes

Frau Sarrouh informiert, dass zukünftig als Vertreterin des Landesschulbeirates (LSB)
Frau Dunja Wolff begrüßt wird.

Es liegen keine weiteren Anträge zum Tagesordnungspunkt vor, die Sitzung wird geschlossen.